

Der Kampf um die Justizreform geht weiter

Während die Parteiführer der Koalition erklären, dass sie das Gesetz über die Arbeitsweise des Richterwahlausschusses für den Obersten Gerichtshof noch vor der Pessach-Pause der Knesset Anfang nächsten Monats durchbringen wollen und dann nach der Pause den Rest des Gesetzespakets beschliessen werden, kämpft der israelische Präsident mit Hochdruck um einen Kompromiss. Die Opposition lehnt die Pläne der Regierung zur radikalen Umgestaltung des Justizwesens weiter ab.

Der Gesetzesentwurf, der derzeit mit halsbrecherischer Geschwindigkeit durch das Gesetzgebungsverfahren geschleust wird, würde der Regierung die totale Kontrolle über die Ernennung von Richtern geben, selbst mit den kürzlich von der Regierung eingebrachten Änderungen. Justizminister Yariv Levin erklärte gerade in einem Interview dass der Oberste Gerichtshof „keine Rechtfertigung“ hätte, das Gesetz zu kippen: „Unser Ziel ist es, das Justizsystem zu diversifizieren und auszugleichen. Es geht nicht darum, das Justizsystem zu übernehmen oder zu politisieren. Die meisten dieser Panikmache sind wirklich völlig unbegründet“, sagte er dem Sender Channel 14. Die geplanten Veränderungen sprechen jedoch eine andere Sprache: Der neunköpfige Oberste Gerichtshof Israels setzt sich derzeit aus vier Politikern und fünf Berufsvertretern zusammen - drei Richtern und zwei Mitgliedern der israelischen Anwaltskammer. Diese Zahl soll auf elf Mitglieder erweitert, von denen sechs der Regierungsmehrheit angehören werden. Geplant ist, dass Beschlüsse durch eine einfache Mehrheit von sechs der elf Mitglieder durchgeführt werden könnten.

Kritiker der Reform glauben, dass sie die Unabhängigkeit des Obersten Gerichtshofes und damit die legislative Kontrolle aushebelt. Die Frage nach der Ernennung der Richter ist davon abgesehen nur der erste Schritt der Reform. Ziel der Koalition ist es, danach weitere Gesetzesentwürfe einbringen, die auf Premierminister Benjamin Netanjahu zugeschnitten sind: Sie sollen den Generalstaatsanwalt und den Obersten Gerichtshof daran hindern, ihn wegen eines Interessenkonflikts zum Rücktritt zu zwingen, und es ihm erlauben, Gelder zu behalten, die er von seinem verstorbenen Cousin als Geschenk erhalten hat und die er nach einem Gerichtsurteil zurückgeben muss. Darüberhinaus ist ein Gesetz für den Vorsitzenden der Schas-Partei, Aryeh Deri, geplant, der wieder in sein Amt als Minister eingesetzt werden soll, obwohl er vorbestraft ist und ein Gerichtsurteil diesen Vorgang deshalb untersagt.

Hunderttausende Israelis gehen seit Wochen gegen die geplante Justizreform auf die Strasse, viele Intellektuelle im Land, darunter Nobelpreisträger, aktuelle und ehemalige Vorsitzende der israelischen Zentralbank und wichtige Vertreter der Start-up-Branche haben vor den Folgen der Reform gewarnt. Reservisten verschiedener Eliteeinheiten der israelischen Armee haben aus Protest gegen die Reformen ihren Dienst verweigert. Auch ein Forum von Bankchefs und anderen führenden Vertretern der Wirtschaft warnte Premierminister Benjamin Netanjahu am Dienstag erneut vor der Justizreform, die Israel in eine Diktatur verwandeln werde.

Zu den Unterzeichnern des Briefes des Israel Business Forum an den Premierminister gehörten die Chefs einiger der erfolgreichsten Unternehmen des Landes sowie die leitenden Angestellten von fünf Banken.

„Dieses Gesetz schadet dem Rechtssystem ernsthaft und untergräbt die Grundlagen der Demokratie, die auf der Gewaltenteilung und der Unabhängigkeit des Rechtssystems beruht, und verwandelt Israel in eine Diktatur“, heisst es in dem Schreiben. „Dieser Schritt wird Israels Wirtschaft ernsthaft schaden und darüber hinaus die israelische Gesellschaft als Ganzes, ihre Widerstandsfähigkeit, ihre Sicherheit und ihre Werte schädigen“, heisst es in dem Schreiben.



Seit Wochen gehen hunderttausende Israelis gegen die geplanten Reformen auf die Strasse (Bild: KHC).

LGBTQ-Feindlichkeit steigt

Die Feindlichkeit gegen die LGBTQ-Gemeinschaft in Israel steigt. Das zeigen die Menge der Beschwerden über feindliche Angriffe. Sie ist 2022 um 11 Prozent gestiegen, wie der Jahresbericht der Aguda - Israel's LGBTQ Task Force aufzeigt, der am Sonntag veröffentlicht wurde.

Im Jahr 2022 gingen bei der Task Force 3.309 Beschwerden über Verletzungen der LGBTQ-Gemeinschaft ein, verglichen mit 2.971 im Jahr 2021. Die Zahl der Beschwerden erreichte im Juni, dem Monat, in dem in Israel die Pride-Paraden stattfinden, ihren Höhepunkt. Fünfundzwanzig Prozent der Beschwerden gingen allein im November und Dezember ein, also nach den Knessetwahlen und der Einsetzung der neuen rechtsgerichteten Regierung. Die Zahl der Berichte über LGBTQ-Phobie in der Öffentlichkeit und über Diskriminierung durch Unternehmen ist ebenfalls deutlich gestiegen.

Etwa die Hälfte der Beschwerden, 51 Prozent, betrafen Anfeindungen der LGBTQ-Gemeinschaft in den Medien und den sozialen Medien, und der Rest, 49 Prozent, betraf Vorfälle auf der Ebene der persönlichen Interaktion - einige in Schulen und im öffentlichen

Raum. Fünfunddreissig Prozent der Vorfälle fanden im öffentlichen Raum statt - auf der Strasse, in Parks oder in öffentlichen Verkehrsmitteln.

Der Bericht basiert auf Selbstauskünften an die Aguda-Hotline, wobei einige Beschwerden telefonisch und andere online eingereicht wurden. Der Bericht wurde in Zusammenarbeit mit dem israelischen Institut für Gender- und LGBTQ+-Studien unter der Leitung von Dr. Sigal Goldin erstellt.



Der LGBTQ-freundliche Strandabschnitt in Tel Aviv am Hilton-Beach (Bild: KHC)

Israelischer Film zeigt Geschichte von „bestellten Bräuten“

Der Krieg in der Ukraine hat in den letzten 13 Monaten die Schlagzeilen über das Land beherrscht, aber ein neuer israelischer Kinofilm konzentriert sich auf ein Thema, das heute nicht weniger relevant ist im Zusammenhang mit dem Land: so genannte „bestellte Bräute“.

Unter der Regie des israelischen Filmemachers Michal Vinik handelt der Film „Valeria is Getting Married“ von zwei ukrainischen Schwestern, Christina und Valeria. Beide verlassen ihr Heimatland, um in Israel eine arrangierte Ehe einzugehen, doch ihre Reisen haben sehr unterschiedliche Ergebnisse. Christina ist bequem, wenn auch nicht leidenschaftlich, mit dem Heiratsvermittler und gebürtigen Israeli Michael verheiratet. Als ihre Schwester Valeria jedoch ihren potenziellen israelischen Verlobten Eitan persönlich kennenlernt, ist sie auf den ersten Blick enttäuscht. Sie schliesst sich im Badezimmer ihrer Schwester ein, wirft den Schlüssel weg und kommt erst wieder heraus, als Eitan weg ist. Was aber tun, wenn die Heirat mit Eitan der einzige Weg ist, wie die Schwestern zusammen in Israel leben können?

„Valeria is Getting Married“ setzt sich mit der Frage auseinander, wie weit Menschen für ein besseres Leben gehen. Der Film gewann 2022 den Ophir Award für das beste Drehbuch, eine der 13 Nominierungen für das israelische Pendant zu den Academy Awards. Der Film wurde auch vom Haifa International Film Festival ausgezeichnet, wo er den Preis für den besten Film und das beste Drehbuch erhielt. Der Film wird am Sonntag, dem 19. März, auf dem Boston Israeli Film Festival persönlich gezeigt. Vom 26. bis 29. März wird der Film zusammen mit anderen ausgewählten Filmen auch online zu sehen sein, wenn das Festival virtuell - und international – stattfindet.



Die beiden Schwestern Christina und Valeria: Bräute aus dem Katalog (Bild: Presse).

Weitere Informationen:

Trailer zum Film

<https://www.youtube.com/watch?v=m4c0lsgJPmc>

Ihre Ansprechpartner

Redaktion: Katharina Höftmann Ciobotaru; E-Mail: hoeftmann.k@gmail.com

Projektverantwortlicher für den GIS-Vorstand: Jacques Korolnyk; E-Mail: jacques.korolnyk@israel-schweiz.org.il; Spenden ermöglichen die wöchentliche Publikation der ZWISCHENZEILEN.

Wir hoffen, auch Sie bald zu unseren Gönnern zählen zu dürfen. Hier die Kontoangaben in der Schweiz (Überweisung zu lokalen Bedingungen):

IBAN: CH82 0873 1544 3516 4200 1 - Kontoinhaber: AMUTA*, CH-8702 Zollikon

Bank: Bank Linth LLB AG, Zürcherstrasse 3, CH-8730 Uznach - SWIFT/BIC: LINSCH23XXX